

kurz im fokus

Mehr Geld für Ost-Kassen

Die gesetzlichen Krankenkassen in Westdeutschland müssen durch den geplanten Gesundheitsfonds künftig 27 Millionen Euro mehr nach Ostdeutschland überweisen. Das geht dem Nachrichtenmagazin „Focus“ zufolge aus Berechnungen des Bundesverbandes der Betriebskrankenkassen (BKK) hervor. Bereits im vergangenen Jahr hatten die West-Kassen die Ost-Kassen mit 2,8 Milliarden Euro unterstützt. „Dies führte zu einer Verbesserung der verfügbaren Finanzkraft je Mitglied von 298 Euro im Osten und einer Belastung von 68 Euro im Westen“, zitierte das Blatt den Kassenverband.

Sorge um Arbeit und Gesundheit

Die Arbeitslosigkeit und der Mangel an Jobs bereiten den Deutschen die meisten Sorgen. In einer Umfrage des Magazins „Stern“ nach den derzeit drängendsten Problemen in Deutschland, gaben 78 Prozent von 1.000 Befragten Arbeitslosigkeit an. An zweiter Stelle nannten 46 Prozent das Gesundheitswesen, gefolgt von Fragen zur Alterssicherung (42 Prozent) und dringendem Handlungsbedarf in der Bildungspolitik (40 Prozent). Die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage empfindet mit 33 Prozent ein Drittel der Bürger als größte Herausforderung. Jeweils etwa ein Fünftel sieht bei Einwanderung (21 Prozent) und der Haushaltslage des Staates (18 Prozent) den dringlichsten Handlungsbedarf. Die innere Sicherheit wird nur von sieben Prozent der Bürger als eines der größten Probleme genannt.

GKV: 2.000 Jobs in Gefahr

Die Spitzenverbände der gesetzlichen Krankenkassen sehen im Zuge der Gesundheitsreform die Arbeitsplätze von rund 2.000 Beschäftigten gefährdet. Bei der Bildung eines zentralen Bundesverbands werde ein Großteil dieser Mitarbeiter vermutlich nicht vom Gesundheitsministerium in die neuen Strukturen übernommen, teilten die Personalräte der sieben Verbände mit. Stattdessen sei es offensichtlich Ziel des Ministeriums, die Beschäftigten durch die Umwandlung der Verbände in Gesellschaften bürgerlichen Rechts (GbR) in „billigster Form“ in die Arbeitslosigkeit zu entlassen. Nach den Reformplänen der großen Koalition soll künftig ein neuer Bundesverband die bislang sieben Spitzenverbände der verschiedenen Kassenarten ersetzen. Die Personalräte betonten, die Mitarbeiter der Spitzenverbände seien Experten, deren Kompetenz beim Aufbau des Bundesverbands benötigt werde.

Institut der deutschen Wirtschaft:

Gesundheitsreform bremst Wettbewerb aus

Die Gesundheitsreform wird nach Einschätzung des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) den Wettbewerb deutlich einschränken. Die Preisspanne zwischen der günstigsten und der teuersten Krankenkasse schrumpfe mit Einführung des Gesundheitsfonds ab 2009 auf fast ein Drittel des heutigen Wertes, teilte das Institut am Mittwoch in Köln mit. Grund sei die geplante Festschreibung eines bundesweiten Einheitsbeitrags bei gleichzeitiger Begrenzung möglicher Zusatzprämien der Versicherten. Durch die Deckelung auf ein Prozent des beitragspflichtigen Einkommens könne die Extrazahlung maximal 35,63 Euro monatlich betragen. Bisher ließen sich nach IW-Angaben bei Beitragsunterschieden von rund zwei Prozent durch einen

Wechsel bei regionalen Kassen bis zu 99,75 Euro im Monat sparen, bei bundesweiten Kassen bis zu 71,25 Euro.

Ein Kassenwechsel zahle sich damit künftig weniger aus. „Unter dem Strich wird die Reform den Wettbewerb im Gesundheitswesen weiter bremsen, statt ihn anzutreiben“, urteilt das Institut. Andere Teile der Reform drohten wirkungslos zu verpuffen, hieß es weiter. So würden die Kassen zwar verpflichtet, den Versicherten kostensparende Tarife mit eingeschränkter Arztwahl anzubieten. Einem echten Rabatt, der diese attraktiv mache, stehe aber nun der einheitliche Beitragsatz im Weg. „Am Ende dürfte sich wohl kaum ein Versicherter auf das Geschäft einlassen“, moniert das IW.



Selbstzahler oder Nicht-Zahler?:

Bonitätsauskünfte über Patienten

Der Selbstzahler ist in vielerlei Hinsicht eine Herausforderung für die Praxisorganisation. Software und Schulungen für das Rechnungswesen beantworten eine Frage allerdings nicht: Wie zuverlässig zahlt der Patient die Privatrechnung? Ein vorheriger Bonitätscheck kann unangenehme Überraschungen vermeiden, doch nur die Wenigsten nutzen diese Möglichkeit. Sie empfinden die Jahresmitgliedschaft bei einer Auskunft als Voraussetzung für die Datenabfrage als lästig bzw. als zu teuer. Für speziell diesen Kundenkreis bietet die DWA-Wirtschaftsauskunft (DWA), Krefeld, einen Bonitätscheck ohne Mitgliedschaft. Anstelle eines Jahresbeitrags werden die Informationen ausschließlich nach Anzahl der Abrufe in Rechnung gestellt. Voraussetzung ist ein PC- oder Macintosh-Rechner mit Internet-Zugang; eine besondere Zugangssoftware ist nicht erforderlich.

Die Freischaltung erfolgt unmittelbar nach der Anmeldung auf der DWA-Homepage und der Einsendung des Nutzungsvertrages. Danach kann man sich mit seinem Passwort jederzeit einloggen; der Online-Check steht 24 Stunden an sieben Wochentagen zu Verfügung. Der „Consumer-Check“ zur Überprüfung von natürlichen Personen auf Negativmerkmale kostet 13,50 Euro. Darüber hinaus werden auch ein „Credit-Check“ zur Überprüfung der Bonität von Geschäftspartnern (Kosten: 27 Euro) und ein „Business-Check“ mit umfassende Daten über Firmen (67,50 Euro) angeboten.

Das Konzept greift die aktuellen Bedürfnisse des Marktes auf und erschließt eine neue Unternehmergruppe für das Instrumentarium der professionellen Wirtschaftsinformation.

www.dwa-wirtschaftsauskunft.de